

Handelskammern wollen Ergebnisse sehen

Die Industrievereinigungen von 25 Kantonen fordern den Bundesrat auf, die Klärungen mit der EU beim Rahmenvertrag vorzunehmen

DAVID VONPLON, TOBIAS GAFAFER

Manch ein Politiker hat das Rahmenabkommen mit der EU bereits abgeschrieben. Zu Unrecht, wie sich nun zeigt. Mitten im Endspiel mit Brüssel wagen sich zusehends die Befürworter aus der Deckung. Die Spitzen der Industrie- und Handelskammern von 25 Kantonen haben sich am Montag in einem Brief, welcher der NZZ vorliegt, an den Bundesrat gewandt. Sie stärken der Regierung beim Vorhaben, den bilateralen Weg mit einem institutionellen Rahmenvertrag abzusichern, den Rücken. Nachverhandlungen zum Lohnschutz, zur Unionsbürgerrichtlinie und zu den staatlichen Beihilfen seien weiterzuführen und zu Ende zu bringen, heisst es im Schreiben. «Wir rufen den Bundesrat auf, die Klärungen mit der EU rasch abzuschliessen und das Abkommen dem Parlament vorzulegen.» Die Regierung verlangt in allen drei Bereichen rechtsverbindliche Verbesserungen.

Ein Scheitern wäre fatal

Das Rahmenabkommen stelle die Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner der Schweiz auf eine langfristig tragfähig Basis – und schaffe damit die Planungssicherheit für die Unternehmen, schreiben die Industrie- und Handelskammern weiter. Die bilateralen Verträge seien für die Schweizer Wirtschaft von zentraler Bedeutung und sicherten den diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Binnenmarkt, dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner. Auch in anderen Bereichen wie der Forschung, dem Verkehr und der Energie sei die Schweiz auf die Abkommen mit der EU angewiesen. Der bilaterale Weg erlaube eine enge Zusammenarbeit mit Brüssel unter Beibehaltung maximaler Souveränität. «Dieser Kompromiss geniesst in der Bevölkerung und bei Unternehmen grosse Unterstützung.»

Die kantonalen Industrie- und Handelskammern warnen vor einem Scheitern des Rahmenabkommens. Dies würde schwerwiegende Nachteile für die Wirtschaft mit sich bringen. «Bestehende Abkommen würden erodieren, der Zugang zum europäischen Markt würde erschwert.» Wichtige neue Verträge, etwa beim Strom, wären gefährdet, und eine enge Anbindung an das



Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter hat den Brief der kantonalen Handelskammern initiiert.

ANTHONY ANEX / KEYSTONE

EU-Forschungsprogramm würde noch schwieriger. Ob sich die Schweiz und die EU beim Rahmenabkommen auf politischer Ebene noch finden, steht auf einem anderen Blatt. Auch bei einem Scheitern nehmen die Industrie- und Handelskammern den Bundesrat in die Pflicht. In diesem Fall müsse die Regierung so schnell wie möglich Wege aufzeigen, wie die bestehenden Marktzugangsverträge gesichert werden könnten. Dies betreffe insbesondere das Abkommen über die technischen Handelshemmnisse und das Forschungsabkommen.

Initiiert hat den Brief die Mitte-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, die Präsidentin der Handelskammer der beiden Basel. Sie sagt: «In der Wirtschaft herrscht eine grosse Verunsicherung über die Zukunft des bilateralen Weges.» Viele Unternehmen hätten mittlerweile realisiert, dass die Verhandlungen mit der EU ein Ablaufdatum hätten. Und ein beträcht-

liches Risiko bestehe, dass die Schweiz am Schluss ohne Abkommen dastehen werde. Die Handelskammern haben sich deshalb laut Schneider-Schneiter entschieden, Farbe zu bekennen. Die Unternehmen seien allerdings auch nicht naiv: Es brauche noch Korrekturen am Abkommen, damit dieses mehrheitsfähig sei.

Aargauer scheren aus

Der Stimmungswandel in der Wirtschaft zeigt sich laut Schneider-Schneiter etwa darin, dass auch die Tessiner Handelskammer das Schreiben unterzeichnet hat – obwohl die Arbeitsmarktsituation dort angespannter ist als in anderen Regionen. Das zeige, dass selbst der Südkanton Interesse an einem stabilen Verhältnis zur EU habe. In den Reihen der Industrie- und Handelsabkommen gibt es allerdings einen Abweichter. So fehlt die **Aargauische Industrie- und**

Handelskammer (AIHK) auf der Liste der Unterzeichnenden. Die Gründe für das Absichtsstehen erklärt der **AIHK-Direktor Beat Bechtold** auf Anfrage folgendermassen. «Unser Vorstand hat zum Rahmenabkommen noch keine Parole gefasst. Wir wollen zuerst abwarten, was die Gespräche in Brüssel ergeben, bevor wir uns positionieren.» Bechtold betont, dass die AIHK dem Rahmenabkommen nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe.

Für Schneider-Schneiter ist das allerdings bloss eine «Ausflucht». Für sie steht fest: Nicht die formellen Vorgaben haben die Aargauer von einer Unterzeichnung des Briefes abgehalten, sondern die Mitglieder der europakritischen Autonomiesuisse im Vorstand der Handelskammer. Offenbar habe sich der **AIHK-Vizepräsident Hans-Jörg Bertschi**, zugleich Co-Präsident von Autonomiesuisse, quergestellt – und auf einem formellen Vorstandsbeschluss beharrt.

Bertschi stellt dies allerdings in Abrede. «Der Antrag, den Brief nicht zu unterzeichnen, kam nicht von mir», sagt der Transportunternehmer auf Anfrage. Er sei allerdings der Auffassung, dass solche kurzfristigen Aktionen nichts bringen würden. Man könne auf diese Weise den Bundesrat ohnehin nicht beeinflussen. «Auch bei Autonomiesuisse haben wir deshalb bewusst davon abgesehen, mit solchen Panikreaktionen Einfluss auf die Verhandlungen zu nehmen.»

Bertschi will auch von einem Stimmungswandel in der Wirtschaft nichts wissen. Im Gegenteil: Einem wachsenden Teil von Bevölkerung und Wirtschaftsvertretern würden vielmehr je länger, je mehr die Nachteile eines Rahmenabkommens bewusst. Klar ist, dass die Wirtschaft trotz dem Brief der Handelskammern weniger geschlossen

«In der Wirtschaft herrscht eine grosse Verunsicherung über die Zukunft des bilateralen Weges.»

Elisabeth Schneider-Schneiter

auftritt, als es in der Europapolitik früher der Fall war. Neben Autonomiesuisse engagiert sich auch die Gruppierung Kompass/Europa gegen den Vertrag. Es brauche industrielle Freiräume, damit die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft aufrechterhalten werden könne, sagt Bertschi. «Die automatische Übernahme einer grossen Zahl von EU-Regulierungen, die mit dem Rahmenabkommen verbunden wäre, gefährdet die heutige erfolgreiche wirtschaftliche Position der Schweiz.»

Die Nichtunterzeichnung des Briefes auf eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber dem Rahmenabkommen zurückzuführen, wäre wohl trotzdem falsch. Die AIHK hat sich bis anhin in europapolitischen Volksabstimmungen und Vorlagen, in denen es um den Zugang zum europäischen Binnenmarkt ging, stets für den bilateralen Weg ausgesprochen.